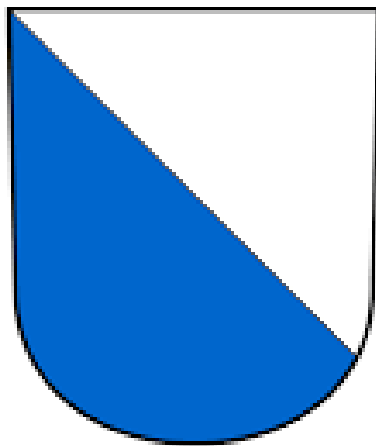


**Berichte aus
Stadt
und
Kanton Zürich**



1. Hälfte Februar 2022

1. Februar

Offenbar ungewollt ist der bisher unveröffentlichte Schlussbericht «Aktualisierung der Hochhausrichtlinien» in die Hände eines Journalisten geraten. Das 180-seitige Dokument spurt vor, wie die Stadt künftig mit Hochhäusern umgehen soll. 2019 hat das Amt für Städtebau einen Überarbeitungsprozess des bisherigen Hochhausleitbildes gestartet, samt einem zweistufigen Wettbewerb. Der Sieger präsentiert seinen Schlussbericht zur «Testplanung». In Zukunft soll von drei Typen von Hochhäusern gesprochen werden. 1. «hohes Haus» (bis 40 Meter Höhe), 2. «Hochhaus» (40 bis 85 Meter) und «Metro-Hochhaus» (85 bis 250 Meter). Vorgesehen sind diese «Metro-Hochhäuser» entlang des Gleisfeldes und in Zürich West. Dieser Schlussbericht hat Kritik aus Architekturkreisen gebracht. Hochhäuser würden nichts zur Verdichtung beitragen. Im Bau und Betrieb seien sie wesentlich teurer und bräuchten mehr Energie als normale Häuserzeilen. «Darüber hinaus verschandeln die immer höheren und breiteren Baukörper das Stadtbild.» Es graut vor einer Hongkong-Skyline. Man verweist auf Paris, das in der Kernstadt auf Hochhäuser verzichtet.

2. Februar

Am 31. Januar hatte die britisch-schweizerische Rektorin der ETH Zürich und hoch qualifizierte Spitzenforscherin ihren letzten Arbeitstag in Zürich, dann wechselte sie nach Oxford. Anfangs Januar bereits hatte ihr die britische Königin einen Orden verliehen und so in den Adelsstand erhoben, als «Dame Commander». Das hat dem schweizerischen Aussendepartement allerdings missfallen, denn seit 1848 steht in der Bundesverfassung ein Verbot zur Annahme ausländischer Orden. Das EDA schrieb der Geehrten einen Brief und machte sie darauf aufmerksam, sie hätte gegen Bundesrecht verstossen. Diese fragte zurück, ob man sie allenfalls ins Gefängnis werfen würde. Das EDA gab klein bei und verlautete, die Geehrte dürfe die Ehrung der Königin einfach erst nach dem 1. Februar annehmen, dann sei sie ja keine Bundesbeamtin mehr...

3. Februar

Wenn Links-Grün sich gegenseitig Wahlwerbung vorhält und Projekte zum Scheitern bringt, dann ist wohl Missgunst im Spiel. So geschehen im Gemeinderat, wo die Verbilligung eines VBZ-Jahresabonnements von Franken 782.00 auf Franken 365.00 an einer unheiligen Allianz der Bürgerlichen mit den Grünen und der AL gegen die SP scheiterte.

4. Februar

Ohne auf die Umsetzung durch den Bund der vom Volk angenommenen Pflegeinitiative zu warten, will der Kanton die Studiengebühren der zweijährigen Nachdiplomstudiengänge für Intensiv- und Notfallpflege übernehmen. Dies bedeutet pro Studierenden Fr. 17.200.00, die bisher von den diesen selbst bezahlt werden mussten. Der Kanton rechnet mit rund 100 Spezialist:innen mehr pro Jahr, die dank dieser Massnahme ausgebildet werden können.

5. Februar

Der Bezirksrat verbot der Stadt Zürich, Bargeld über Hilfswerke an bedürftige Ausländer:innen, also an Sans-Papiers auszuzahlen. Die Stadt wollte gegen diesen Entscheid rekurrieren, verpasste aber die 30-tägige Rekursfrist, eine böse Panne!

7. Februar

Der Neubau des Schauspielhauses tritt in eine neue Phase. Die zuständige Kommission des Gemeinderates wird bald über die Sanierungspläne abstimmen. Das Volk wird wohl erst im Jahre 2024 oder 2025 darüber an der Urne befinden. In einer Umfrage zeigt sich nun aber, dass die Parteibasis aller

Parteien dem Vorhaben sehr kritisch gegenübersteht, aus unterschiedlichen Gründen allerdings. Die Opposition der SVP-Leute ist wohl hauptsächlich finanziell begründet, jene bei den Grünen und der AL wohl eher nostalgisch. SP- und die GLP-Gefolgschaft sind am Ehesten für einen Neubau, mehrheitlich aber auch dagegen.

8. Februar

Jetzt hat sich auch der Verwaltungsrat des Schauspielhauses ins Spiel gebracht. Der VR-Präsident tritt mit allen Mitgliedern des Verwaltungsrates an und erklärt, ein Neubau müsse her, nur dann habe der Pfauen mit seiner grossen Geschichte auch eine grosse Zukunft. Auch der Zürcher Stadtrat teilt diese Meinung. Ganz anders der Heimatschutz, für den nur eine Erneuerung des Saales in Frage kommt. Der historische Saal allerdings müsse erhalten bleiben. Fragt sich nur, ob die junge Generation mit der geschichtlichen Implikation des Schauspielhauses noch viel anfangen kann.

9. Februar

Während die SVP noch auf die Zusage ihres Finanzministers für eine neuerliche Kandidatur für den Regierungsrat wartet, hat der Zürcher Freisinn den Direktor der Wirtschafts-Denkfabrik Avenir-Suisse auf den Schild gehoben. Der Turbo-Neo-Liberale soll für die FDP den vor vier Jahren verlorenen, zweiten Regierungsratssitz zurückerobern.

Das Universitätsspital durfte an der Bilanzpressekonferenz ein massiv weniger schlechtes Geschäftsjahr vermelden als im Vergleichsjahr 2020. Waren es damals ein Verlust von 48 Millionen Franken so sind jetzt nur 14,2 Millionen Franken, die zu beklagen sind. Bei einem Umsatz von 1,5 Milliarden Franken ist das beinahe vernachlässigbar. Das Eigenkapital beträgt neu nur noch 818 Millionen Franken. Das Spital muss aber unbedingt mehr Geld verdienen, da es sonst die grossen, zu erwartenden Investitionen nicht stemmen kann. Wohl bemerkt, man war auf der Pressekonferenz der führenden Gesundheitseinrichtung dieses Landes und nicht bei einem börsenkotierten Konzern. Wie lange dauert es noch, bis das Spital an der Börse kotiert wird? Aus kranken Menschenleibern sollte doch ein schöner Extraprofit herauszuschinden sein!

10. Februar

1'562'345 Einwohner:innen zählte der Kanton Zürich am 31. Dezember 2021, 11'000 mehr als vor einem Jahr. Dies bedeutet ein Wachstum um 0.7%, ein tiefes Wachstum also. Die Stadt wuchs um nur 0,31%. Erstmals sind mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Kantons nicht mehr Mitglied einer der Landeskirchen. 51% haben keine oder eine andere Religion.

Der Gemeinderat unterstützt eine Kandidatur der Stadt Zürich für die Durchführung eines Kongresses der European Cyclist' Federation im Jahre 2024 und spricht eine finanzielle Unterstützung von 3 Millionen Franken. Rund 1500 Velo-Fachleute wollen sich in Zürich über besseres Velofahren beraten.

11. Februar

Die ganze Schweiz hat sich die Förderung von Solarstrom auf die Fahnen geschrieben. Deshalb haben die meisten Elektrizitätswerke die Rückvergütung von privat nicht verbrauchtem Strom an die Werke zum Teil massiv erhöht. Das kantonale Werk EKZ und das städtische Pendant EWZ allerdings nicht. So erhalten Eigentümer in Nidwalden 13,6 Rappen pro kWh, in der Stadt Zürich sind es gerade mal 7,9 Rappen. Zürich will nicht diese Vergütung erhöhen, sondern die Fördergelder für neue Anlagen, massiv über die Bundesbeiträge hin aus, aufstocken.

Eine Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) veröffentlichte kürzlich eine Studie zu den Lebensumständen der Prostituierten während der Pandemie und dem damals ausgesprochenen Berufsverbot für die Sexarbeiter:innen. Dieses Berufsverbot führte gemäss der Studie zu finanziellen Problemen, einem grösseren Machtgefälle gegenüber Freien und erhöhte gesundheitliche Risiken. Sexarbeiterinnen berichten von mehr Nötigungs- und Betrugsversuchen, Dumpingpreisen oder Zahlungsverweigerungen. Auf eine Anfrage im Kantonsrat hin rechtfertigte der Regierungsrat seine Handlungsweise und sieht das Prostitutionsverbot als «in der damaligen Situation gerechtfertigt.» Merke: Eine hohe Regierung weiss immer mehr als wissenschaftliche Studien.

Der Umbau und die Neuausrichtung des Limmathauses gehen nicht schlank über die Bühne. Der eingemietete Nachtclub «X-tra» geht auf die Barrikaden und will die Kündigung seines Mietvertrages per Ende 2023 nicht akzeptieren. Nun ist aber die Stiftung Limmathaus, die Eigentümerin, für den Umbau auf öffentliche Gelder angewiesen. Deshalb kann die Stadt bei diesem Projekt auch mitreden. So gibt es denn schon eine Gruppe Gemeinderät:innen, die sich für das Anliegen des Nachtclubs stark macht. Mal sehen wies weitergeht.

12. Februar

An seiner letzten Bilanzpressekonferenz konnte der scheidende Vorsitzende der Geschäftsleitung der Zürcher Kantonalbank den höchsten Jahresgewinn der Firmengeschichte vermelden. Die ZKB erwirtschaftete im Jahre 2021 satte 942 Millionen Franken, 9% mehr als im Vorjahr. Der Betriebsertrag betrug 2,544 Milliarden Franken (+1%), der Aufwand 1,517 Milliarden (-4%). Daran waren 5145 Mitarbeitende beteiligt, 1% weniger als im Vorjahr!